

Ortsbeirat Kleinlinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 21.09.2015

N i e d e r s c h r i f t

der 35. Sitzung des Ortsbeirates Kleinlinden
am Mittwoch, dem 16.09.2015,
im Bürgerhaus Kleinlinden, Gruppenraum 2 und 3,
Zum Weiher 33, 35398 Gießen-Kleinlinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 22:41 Uhr

Anwesend:

Ortsbeiratsmitglieder der SPD-Fraktion:

Herr Norbert Herlein Ortsvorsteher
Herr Dr. Burkhard Sanner
Herrn Helmut Volkmann

Ortsbeiratsmitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Prof. Dr. Frieder Lutz

Ortsbeiratsmitglieder der CDU-Fraktion:

Frau Anja-Verena Helmchen
Herr Winfried Wagenbach

Ortsbeiratsmitglieder der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich

Vom Magistrat:

Frau Gerda Weigel-Greilich Bürgermeisterin

Stadtverordnete:

Frau Eva Janzen SPD-Fraktion

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode Stellv. Schriftführerin

Ortsvorsteher Herlein eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Herr Dr. Greilich, FDP, teilt mit, dass er den unter TOP 9 - *Verkehrsberuhigter Bereich im unteren Teil der Lützellindener Straße* - aufgeführten Antrag, nochmals in der Beratung zurückstelle. Nach einem erneuten Gespräch mit den Anwohnern schlägt er vor, gemeinsam mit der Verwaltung eine Ortsbegehung vorzunehmen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, sie werde dem Ortsbeirat zwei Terminvorschläge - für morgens 7:30 Uhr - unterbreiten, damit sich die Verwaltung gemeinsam mit den Ortsbeiratsmitgliedern ein aktuelles Bild von der Verkehrssituation machen können.

Weiter bittet **Herr Dr. Greilich** darum, den TOP 20 - *1. Nachtragshaushaltssatzung mit 1. Nachtragshaushaltsplan* - in der Beratung vorzuziehen und ihn als TOP 7 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, bittet, den TOP 12 - *Zusätzlicher Parkraum für Einsatzkräfte der Feuerwehr* - als neuen TOP 20 zu behandeln. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen werden, stellt **Ortsvorsteher Herlein** fest, dass die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen ist.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift über die 34. Sitzung des Ortsbeirates am 23.07.2015
4. Bürgerfragestunde
5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
6. Mitteilungen und Anfragen

- | | | |
|-----|--|---------------|
| 7. | 1. Nachtragshaushaltssatzung mit 1. Nachtragshaushaltsplan 2015
- Antrag des Magistrats vom 20.08.2015 - | STV/2865/2015 |
| 8. | Entwicklungskonzept Lahnpark
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2015 - | OBR/2775/2015 |
| 9. | Anschluss der Busse am Berliner Platz in verkehrsarmen Tageszeiten
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2015 - | OBR/2776/2015 |
| 10. | Verkehrsberuhigter Bereich im unteren Teil der Lützellindener Straße
- Antrag der FDP-Fraktion vom 12.07.2015 - | OBR/2834/2015 |
| 11. | Verlegung von Kurzzeitparkplätzen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2015 - | OBR/2879/2015 |
| 12. | Anbringung eines Sichtschutzes am Friedhof
- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.08.2015 - | OBR/2880/2015 |
| 13. | Pflege der Gräber von Zwangsarbeitern im III. Reich auf dem Friedhof
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.08.2015 - | OBR/2882/2015 |
| 14. | 30 km/h im Heerweg
- Antrag des Ortsvorstehers vom 01.09.2015 - | OBR/2885/2015 |
| 15. | Radaranlage in der Lützellindener und Frankfurter Straße
- Antrag des Ortsvorstehers vom 01.09.2015 - | OBR/2886/2015 |
| 16. | Maßnahmen zur Verringerung zu schnellen Fahrens am südlichen Ortsausgang der Frankfurter Straße und an der Einmündung Allendorfer Straße in die Frankfurter Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2015 - | OBR/2887/2015 |
| 17. | Reparatur des Bürgersteigbelags, der Bord- und Rinnsteine in der Lützellindener Straße
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2015 - | OBR/2888/2015 |

- | | | |
|-----|---|---------------|
| 18. | Willkommensmaßnahmen für Kriegsflüchtlinge in Kleinlinden
- Antrag des Ortsvorstehers vom 04.09.2015 - | OBR/2898/2015 |
| 19. | Standortschilder des Ortsteils Kleinlinden
- Antrag des Ortsvorstehers vom 04.09.2015 - | OBR/2899/2015 |
| 20. | Zusätzlicher Parkraum für Einsatzkräfte der Feuerwehr
- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.08.2015 - | OBR/2881/2015 |
| 21. | Verschiedenes | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Beschlussfassung über die Tagesordnung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

3. Genehmigung der Niederschrift über die 34. Sitzung des Ortsbeirates am 23.07.2015

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form einstimmig beschlossen.

4. Bürgerfragestunde

Ein Anwohner der Wetzlarer Straße berichtet, dass in den Abend-/Nachtstunden zu schnell fahrende Autofahrer (insbesondere Taxifahrer) die Kontaktschleifen der fest installierten Radaranlagen einfach umfahren, in dem sie auf die jeweilige Gegenfahrbahn ausweichen. Er fragt, wie die Stadt Gießen gedenkt, dagegen vorzugehen.

5. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

Folgende Stellungnahmen liegen vor:

- **Attraktivität des Freibades Kleinen**, Antrag der FDP-Fraktion vom 18.04.2015, OBR/2717/2015;
Schreiben des Magistrats vom 14.07.2015
- **Abplatzende Rinde an Bäumen im Bürgermeister-Jung-Weg**, TOP 17.1 der 25. Sitzung des Ortsbeirates am 23.07.2014;
Schreiben des Magistrats vom 16.07.2015
- **Vorankündigung von Verbrauchszählungen der Gießener Stadtwerke und der Mittelhessischen Wasserbetriebe**, Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2015, OBR/2744/2015;
Schreiben des Magistrats vom 24.07.2015
- **Spielothek im Gebäude der ehemaligen Firma Latus**, TOP 19.1 der 34. Sitzung des Ortsbeirates am 23.07.2015;
Schreiben des Magistrats vom 27.08.2015

Ortsvorsteher Herlein merkt an, dass die Stadt diese Aktivitäten im Auge behalten solle. In der Antwort werde von einem Umbau (Nutzungsänderungen) gesprochen, doch die Aktivitäten vor Ort lassen auf Abfall-/Schrottarbeiten schließen. Das Ganze sei nicht wirklich einsehbar und er bittet, dass das Umweltamt die Arbeiten vor Ort einmal in Augenschein nehme.

- **Bürgersteigerneuerung in der Wetzlarer Straße durch Straßenasphalt**, Antrag des Ortsvorstehers vom 18.04.2015, OBR/2718/2015;
Schreiben des Magistrats vom 01.09.2015
- **Straßenreinigungspflicht für Grundstückseigentümer in Kleinlinden**, Antrag der SPD-Fraktion vom 10.04.2015, OBR/2694/2015;
Schreiben des Magistrats vom 02.09.2015
- **Pausen der Busfahrer - Wendeschleife Busverkehr**, Antrag der FDP-Fraktion vom 12.07.2015, OBR/2835/2015;
Schreiben des Magistrats vom 03.09.2015

Herr Dr. Greilich moniert, dass die 3. Frage des Antrages nicht beantwortet wurde.

- **Zweite Radaranlage in der Wetzlarer Straße**, Antrag des Ortsvorstehers vom 11.07.2015, OBR/2831/2015;
Schreiben des Magistrats vom 10.09.2015

6. **Mitteilungen und Anfragen**

Es wird nichts vorgebracht.

7. **1. Nachtragshaushaltssatzung mit 1. Nachtragshaushaltsplan 2015 - Antrag des Magistrats vom 20.08.2015 -** **STV/2865/2015**

Antrag:

„Die als Anlage beigefügte 1. Nachtragshaushaltssatzung 2015 wird gemäß § 98 HGO beschlossen.“

Herr Dr. Greilich und **Herr Dr. Sanner** nehmen kurz Stellung zur vorliegenden 1. Nachtragshaushaltssatzung.

Ortsvorsteher Herlein stellt fest, dass der Ortsbeirat zur 1. Nachtragshaushaltssatzung mit 1. Nachtragshaushaltsplan 2015 gehört wurde.

8. **Entwicklungskonzept Lahnpark - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2015 -** **OBR/2775/2015**

Antrag:

„Wir bitten um einen Bericht des Magistrats zur Fortentwicklung des ‚Lahnarks‘.“

Begründung:

Mit Schreiben des Magistrats vom 14.11.2011 wurde dem Ortsbeirat ein *Integriertes Entwicklungskonzept Lahnpark*, herausgegeben von der Lahnpark GmbH Wetzlar, zugestellt und in der Sitzung am 15. 2. 2012 darüber beraten. Dabei wurden Vorschläge gemacht und eine schriftliche Stellungnahme unsererseits eingereicht. Zeitungsberichte sprechen von Änderungen bei den beteiligten Kommunen. Vom Lahntal-Tourismus-Verband gehen Initiativen zur weiteren Entwicklung und Vermarktung aus.

Es interessiert, wie die Stadt Gießen

- die Gesamtentwicklung des Konzepts „Lahnpark“ begleitet,
- sich an der weiteren Entwicklung beteiligt,
- die Vorschläge des Ortsbeirates umgesetzt wurden/werden.

Herr Prof. Dr. Lutz trägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag und die Begründung vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

9. **Anschluss der Busse am Berliner Platz in verkehrsarmen Tageszeiten** **OBR/2776/2015**
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.06.2015 -

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden erbittet vom Magistrat um Auskunft darüber, wie die Anschlüsse planmäßig ausgestaltet werden.“

Begründung:

In verkehrsarmen Tageszeiten treffen die Busse der Stadtwerke alle halbe bzw. volle oder zwei Stunden am Berliner Platz ein und bieten Gelegenheit zum Umsteigen. Es kommt vor, dass sich einzelne Busse verspäten. Das bedeutet für Umsteiger z. Z. eine lange Wartezeit. Da in den verkehrsarmen Zeiten die Sicherheitspannen für Pünktlichkeit reichlich sind und Busse zur Zeitabstimmung auf der Strecke öfter warten, können Verspätungen schnell eingeholt werden.

Nach eigenen Erfahrungen fahren üblicherweise die Busse am Berliner Platz pünktlich los und lassen Nachzügler „sitzen“. Wir halten eine solche Verfahrensweise nicht für zwingend. Welche Vorgaben bestehen für die Busfahrer?

Herr Prof. Dr. Lutz trägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag und die Begründung vor.

Ortsvorsteher Herlein regt an, den Antrag wie folgt zu ändern:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden *bittet den* Magistrat, *bei den zuständigen Stellen zu erfragen*, wie die Anschlüsse planmäßig ausgestaltet werden.“

Herr Prof. Dr. Lutz übernimmt die vorgeschlagene Änderung.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

10. **Verkehrsberuhigter Bereich im unteren Teil der Lützellindener Straße** **OBR/2834/2015**
- Antrag der FDP-Fraktion vom 12.07.2015 -

Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen, ob der untere Teil der Lützellindener Straße in einen mit den Zeichen Z.325 (Anfang) bzw. Z.326 (Ende) markierten verkehrsberuhigten Bereich umgewandelt werden kann.“

Begründung:

Trotz Verbotes für Fahrzeuge aller Art (Z.250) beklagen die Anwohner der unteren Lützellindener Straße, dass dieser nicht mit Gehwegen versehene Straßenbereich

ständig von teilweise schnell fahrenden Kfz befahren wird.

Der Magistrat hat dem Ortsbeirat kürzlich auf einen Antrag des Kollegen Volkmann hin mitgeteilt, dass die zusätzliche Anbringung eines Pollers zur Durchsetzung des o. a. Verbotes für Fahrzeuge aller Art rechtlich nicht möglich ist.

Als Lösung des Problems bietet sich die Ausweisung der unteren Lützellindener Straße als „Verkehrsberuhigter Bereich„ an.

Innerhalb eines solchen Bereiches gilt:

1. Fußgänger dürfen die Straße in ihrer ganzen Breite benutzen; Kinderspiele sind überall erlaubt.
2. Der Fahrzeugverkehr (auch Fahrräder!) muss Schrittgeschwindigkeit einhalten und sollte darauf evtl. durch einen zusätzlichen Schriftzug „Schrittgeschwindigkeit!“ unter den Zeichen Z.325 bzw. Z.326 gesondert aufmerksam gemacht werden.
3. Die Fahrzeugführer dürfen die Fußgänger weder gefährden noch behindern; wenn nötig müssen sie warten.
4. Die Fußgänger dürfen den Fahrverkehr nicht unnötig behindern.
5. Das Parken ist außerhalb der dafür gekennzeichneten Flächen unzulässig, ausgenommen zum Ein- oder Aussteigen, zum Be- oder Entladen.

Die Überprüfung der Einhaltung dieser Vorschriften gerade in der ersten Phase nach Einführung sollte durch das Ordnungsamt sichergestellt werden.

Beratungsergebnis:

Wurde zu Beginn der Sitzung in der Beratung zurückgestellt.

**11. Verlegung von Kurzzeitparkplätzen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.08.2015 -**

OBR/2879/2015

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten die Kurzzeitparkplätze in Kleinlinden Katzenbach Nr. 5 vor der ehemaligen Post zu verlegen nach Maiplatz 28.“

Begründung:

Da die Poststelle in der Katzenbach verlegt wurde zur Frankfurter Straße, sind die 2 Kurzzeitparkplätze nicht mehr von Nöten. Die Parksituation ist in diesem Bereich eh schon sehr kritisch. Am Maiplatz 28 ist vor dem Friseur Geschäft Gralla sehr oft alles zugeparkt, so dass die Kunden keine Möglichkeit haben, beim Besuch des Friseurs zu parken.

Herr Wagenbach trägt für die CDU-Fraktion den Antrag und die Begründung vor.

Im Anschluss an die ausführliche Diskussion, an der sich Herr Dr. Sanner, Herr Prof. Dr. Lutz, Ortsvorsteher Herlein, Frau Janetzky-Klein, Herr Wagenbach, Herr Dr. Greilich und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beteiligten, **ändert der Antragsteller** auf Vorschlag von Herrn Dr. Greilich **den Antrag wie folgt:**

*„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten **einen der** Kurzzeitparkplätze in Kleinlinden Katzenbach Nr. 5 vor der ehemaligen Post zu verlegen nach Maiplatz 28.“*

Beratungsergebnis:

Geändert einstimmig beschlossen (Ja: SPD, CDU, Ortsvorsteher Herlein, 1 GR; StE: 1 GR).

**12. Anbringung eines Sichtschutzes am Friedhof OBR/2880/2015
- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.08.2015 -**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, am neuen Zaun rechts vom Haupteingang beim Friedhof in Kleinlinden wieder einen Sichtschutz anzubringen (Hecke zu pflanzen).“

Begründung:

Da rechts neben dem Haupteingang ein neuer Zaun am Friedhof gebaut wurde sind jetzt die trauernden Hinterbliebenen bei einer Urnenbeisetzung am Baumgrab den Blicken von jedem ausgesetzt was diese sicher nicht möchten. Ja selbst der Trauergast bei der Friedhofskapelle ist da jetzt für jeden gleich sichtbar.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, trägt den Antrag und die Begründung vor.

Im Anschluss an die Diskussion an der sich Herr Dr. Greilich, Herr Wagenbach und Bürgermeisterin Weigel-Greilich, **ändert der Antragsteller den Antrag wie folgt:**

*„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, am neuen Zaun rechts vom Haupteingang beim Friedhof in Kleinlinden wieder einen Sichtschutz anzubringen (Hecke zu pflanzen) **und die alte noch bestehende Seite (links vom Eingang) sachgerecht diesem Antrag entsprechend anzupassen.**“*

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

**13. Pflege der Gräber von Zwangsarbeitern im III. Reich auf OBR/2882/2015
dem Friedhof
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
24.08.2015 -**

Antrag:

„Auf dem Kleinlindener Friedhof befinden sich die Gräber der Kriegsgefangenen oder Zwangsarbeiter

Peter Tumen und Valentin Sokowitschki,

die bei der Bombardierung am 6. 12. 1944 umgekommen sind und deswegen hier bestattet wurden. Die Gräber sind durch Namensschilder ausgewiesen.

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Gräber anonym gepflegt. Mit dem Ableben der gleichen Generation verwildern sie, vor allem durch Efeu-Wachstum.

Aus heutiger Sicht erscheint es beschämend, dass diese Gräber nicht in die Gedenkstätte für die Toten des Zweiten Weltkrieges eingegliedert worden sind, sondern sich in einer Ecke der damaligen Friedhofseinfriedung befinden.

Wir sollten das Andenken und die damit verbundene Mahnung bewahren. Dazu wird vorgeschlagen, die Namensschilder auf die Fläche der Gedenksteine für die deutschen Toten im Zweiten Weltkrieg zu verlegen. Dort können sie zu der Liste mit den Namen der durch die Bombardierung am 6. 12. 1944 umgekommenen Personen hinzugefügt werden. Das Mahnmal enthält schon das Kreuz für einen unbekanntem Soldaten. Ein Platz für die Schilder Peter Tumen´s und Valentin Sokowitschki´s kann das untere Ende des großen Kreuzes sein oder auf einem eigenen zusätzlichen kleinen Kreuz bzw. Stein.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

**14. 30 km/h im Heerweg
- Antrag des Ortsvorstehers vom 01.09.2015 -**

OBR/2885/2015

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen zu prüfen, ob nicht die Einrichtung einer 30 km/h-Zone im Heerweg möglich ist.“

Begründung:

Alle im Oberdorf befindlichen Straßen - außer der Frankfurter und der Allendorfer Straße - befinden sich in einer 30 km/h-Zone. Es ist schon aufgrund dessen nicht nachvollziehbar, warum für den Heerweg noch keine 30 km/h-Zone ausgewiesen wurde.

Zugleich befindet sich im Heerweg neben dem Rewe-Markt und dem Fitnessstudio Injoy-Pelikan - die zum Großteil von sehr vielen PKW-Fahrern angefahren werden - eine Seniorentagesstätte sowie eine Krabbelgruppe der Arbeiterwohlfahrt. Angesichts dieser Tatsachen erscheint die Einrichtung einer 30 km/h-Zone für zwingend geboten.

Sollten für die Einrichtung dieser 30km/h-Zone in 2015 keine Haushaltsmittel mehr

vorhanden sein, so wird der Magistrat gebeten, diese dafür benötigten Finanzen in den Haushalt 2016 einzustellen.“

Stellv. Ortsvorsteherin Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Herr Herlein trägt den Antrag und die Begründung vor.

In der sich anschließenden Diskussion erklärt **Frau Helmchen**, CDU-Fraktion, dass sie sich „*grundsätzlich mit Tempo 30 in dieser kleinen Nebenstraße schwer tue*“, sie werde aus diesem Grunde dem Antrag nicht zustimmen.

Auch Herr Dr. Sanner, SPD-Fraktion, sieht keine sachliche Notwendigkeit für Tempo 30 in dieser Straße.

Herr Herlein und **Herr Dr. Greilich** widersprechen, sie sehen vor allem vor Ort eine Gefährdung von Kindern. Die Einrichtung einer 30 km/h Begrenzung halten sie für notwendig.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: Ortsvorsteher Herlein, 1 SPD, GR; StE: CDU, 1 SPD).

**15. Radaranlage in der Lützellindener und Frankfurter Straße OBR/2886/2015
- Antrag des Ortsvorstehers vom 01.09.2015 -**

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat der Stadt Gießen zu prüfen, an welchen Stellen der Frankfurter Straße (stadtein- und stadtauswärts) ziel- und wirkungsgerecht zwei Radaranlagen eingerichtet werden können.

Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet zugleich den Magistrat der Stadt Gießen zu prüfen, an welchen Stellen in der Lützellindener Straße (stadtein- und stadtauswärts) ziel- und wirkungsgerecht ebenfalls zwei weitere Radaranlagen eingerichtet werden können.“

Begründung:

Die in Kleinlinden immer wieder feststellbare Überschreitungen der Geschwindigkeit in der Frankfurter Straße und in der Lützellindener Straße ist bedauerlicher Weise nur mit fest installierten Radaranlagen in den Griff zu bekommen.

Für eine Montage zusätzlicher Radaranlagen sollten im Haushalt der Stadt Gießen für 2016 die notwendigen Haushaltsmittel dann auch eingestellt werden.

Der Antrag und die Begründung wird von **Herrn Herlein** vorgetragen.

An der Diskussion beteiligen sich zudem Herr Wagenbach, Herr Dr. Greilich

und Herr Dr. Sanner.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

16. Maßnahmen zur Verringerung zu schnellen Fahrens am südlichen Ortsausgang der Frankfurter Straße und an der Einmündung Allendorfer Straße in die Frankfurter Straße - Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2015 - **OBR/2887/2015**

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, Gespräche mit dem Straßenbauamt bzw. der Stadt Linden zu führen, um Lösungen zur Verringerung des sehr häufigen Fahrens mit überhöhter Geschwindigkeit am südlichen Ortsausgang von Kleinlinden zu finden.

Als mögliche Lösungen, die auch alle gemeinsam in Frage kommen, können u. a. angeführt werden:

- Verringerung der Fahrspuren auf je eine in beiden Richtungen.
- Verschwenkungen einer jeweils einzelnen verbleibenden Fahrbahn pro Richtung auf der sehr breiten Straßentrasse.
- Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Einmündung der Allendorfer Straße in die Frankfurter Straße (bevorzugte Lösung).“

Begründung:

Durch den sehr breiten Ausbau der Frankfurter Straße mit vierspuriger Straßenführung kurz vor dem südlichen Ortsausgang von Kleinlinden wird die innerorts erlaubte Geschwindigkeit von 50 km/h regelmäßig und häufig auch erheblich überschritten. Die Straße lädt optisch zum Rasen ein, wobei oft auch der Wunsch mitspielen dürfte, noch bei grünem Lichtzeichen die Einmündung der Allendorfer Straße in die Frankfurter Straße zu überqueren (dies gilt für beide Richtungen; in Richtung ortseinwärts/nordwärts steht das Ortschild kurz hinter der Kreuzung, so dass bei schneller Fahrt über die Kreuzung ein Einhalten der erlaubten Geschwindigkeit im bebauten Bereich nur durch starkes Abbremsen möglich wäre).

Diese Situation stellt zum einen eine Gefährdung für die Kraftfahrer selbst dar, besonders aber für andere Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger und Radfahrer, die hier die Straße zwischen Markwald und Fußweg zur Waldweide queren. Die an der Einmündung selbst z. Zt. existierende gesicherte Fußgängerfurt ist gut 60 m entfernt, was für die Nutzung zur Querung den für Fußgänger erheblich zu langen Umweg von 120 m ergibt; auch gibt es entlang der Allendorfer Straße (L 3054) keinen Gehweg, so dass direkt von der Einmündung aus für Fußgänger kein sinnvoller Weg Richtung Westen existiert

Zum anderen ist das schnelle Fahren und vor allem die starke Beschleunigung ortsauswärts mit übermäßiger Geräuschbelästigung für die Anwohner verbunden.

Die Funktion des vierspurigen Ausbaus zum Erreichen eines höheren Fahrzeugdurchsatzes an der Einmündung der Allendorfer Straße in die Frankfurter Straße ist seit vollständiger Fertigstellung des Verkehrsknotens Frankfurter Straße / Robert-Sommer-Straße mit Anbindung an die B49/A485 nicht mehr erforderlich, da ein großer Teil des Verkehrs, der Gießen über die Frankfurter Straße nach Süden verlässt bzw. diese von Süden her erreichen möchte, nunmehr über B49/A485 geführt wird und somit nicht mehr weiter durch die Frankfurter Straße in Kleinlinden fahren muss¹. Lediglich bei Sperrungen (Unfälle, Baumaßnahmen) auf der A485 kommt es gelegentlich zu einem starken Verkehr auf der Frankfurter Straße in Kleinlinden, der dann aber vor allem durch die weiter Richtung Innenstadt liegenden Ampeln z.B. an der Einmündung Wetzlarer Straße gestaut wird und nicht an der Einmündung am Ortseingang.

Da im Verlauf der L 3475 rund 1 km weiter südlich an der Auffahrt zur A 485 („Gießener Pforte“) bereits ein Kreisverkehr vorhanden ist, würde der mögliche Fahrzeugdurchsatz durch die Verringerung auf je eine Fahrspur in jeder Richtung und/oder einen neuen Kreisverkehr am „Linner Eck“ nicht stärker beschränkt als dort. Ggf. könnte ein Verkehrsversuch mit Sperrung jeweils eines Fahrstreifens in jeder Richtung hier Klarheit schaffen.

Da der ursprüngliche Zweck des Ausbaus mit zwei Spuren in jeder Richtung also nicht mehr relevant ist, sollte einem Rückbau aus Gründen der Verkehrssicherheit und zur Hebung der Lebensqualität der Anwohner nichts entgegenstehen.

¹ Es sei hier darauf hingewiesen, dass bei dem geplanten Ausbau der Unterführung der Lahnstraße unter der Bahnstrecke Gießen-Wetzlar darauf geachtet werden muss, dass diese Vorrangführung des Verkehrs erhalten bleibt und dieser somit auch aus der Lahnstraße primär auf die B49 und nicht über die Frankfurter Straße nach Süden geführt wird.

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorsitz.

Herr Volkmann trägt für die SPD-Fraktion den Antrag und die Begründung vor.

Im Laufe der Diskussion, an der sich Ortsvorsteher Herlein, Herr Dr. Sanner, Herr Dr. Greilich und Bürgermeisterin Weigel-Greilich beteiligen, wird festgestellt, dass alle Ortsbeiratsmitglieder den Einsatz von Radaranlagen im Bereich der oberen Frankfurter Straße für sinnvoll halten.

Herr Dr. Sanner merkt zudem an, neben Radarmessgeräten müssen weitere ergänzende Maßnahmen hinzukommen, beispielsweise die Verengung auf eine anstelle der aktuell vorhandenen zwei Fahrspuren am Ortsausgang in Richtung Großen-Linden. Dies sei ebenso wirksam wie kostengünstig durch entsprechende Markierungen auf der Fahrbahn möglich.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird wie folgt geändert:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, Gespräche mit dem Straßenbauamt bzw. der Stadt Linden zu führen, um Lösungen zur Verringerung des sehr häufigen Fahrens mit überhöhter Geschwindigkeit am südlichen Ortsausgang von Kleinlinden zu finden **und dem Ortsbeirat über das Ergebnis der Gespräche zu berichten.**

Als mögliche Lösungen, die auch alle gemeinsam in Frage kommen, können u. a. angeführt werden:

- Verringerung der Fahrspuren auf je eine in beiden Richtungen.
- Verschwenkungen einer jeweils einzelnen verbleibenden Fahrbahn pro Richtung auf der sehr breiten Straßentrasse.
- Einrichtung eines Kreisverkehrs an der Einmündung der Allendorfer Straße in die Frankfurter Straße (bevorzugte Lösung).“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

17. Reparatur des Bürgersteigbelags, der Bord- und Rinnsteine in der Lützellindener Straße OBR/2888/2015
- Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2015 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, in der Lützellindener Straße ab Haus 31 den Bürgersteigbelag, den Bordstein und die Rinnensteine, wo erforderlich, reparieren zu lassen.“

Begründung:

Durch wackelige Platten und versackte Bordsteine ist die Verkehrssicherheit für Fußgänger gefährdet.

Herr Volkmann stellt den Antrag bis nach der geplanten Ortsbegehung der Lützellindener Straße zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

18. Willkommensmaßnahmen für Kriegsflüchtlinge in Kleinlinden OBR/2898/2015
- Antrag des Ortsvorstehers vom 04.09.2015 -

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat um eine detaillierte Information über die Anzahl der gegenwärtigen in Kleinlinden untergebrachten Kriegsflüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea bzw. den Balkanstaaten.
Vor allem bittet der Ortsbeirat Kleinlinden um eine schnellstmögliche Klärung der

nachfolgenden Fragen:

In welchen Unterkünften wurden Kriegsflüchtlinge in Kleinlinden einquartiert und handelt es sich hierbei ausschließlich um Kriegsflüchtlinge aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea?

Handelt es sich hierbei mehr um Familien oder Einzelpersonen?

Gibt es auch Asylanten aus den Balkanstaaten, die sich gegenwärtig in Kleinlinden befinden?

Von wem wurden die Unterkünfte vermietet und wer betreut diese Kriegsflüchtlinge?

Wie sehen diese Betreuungsmaßnahmen aus, wird auch Sprachunterricht angeboten?

Wie kann der Ortsbeirat – im Fall der Unterbringung von Kriegsflüchtlingen in Kleinlinden - mit dazu beitragen, dass diese Kriegsflüchtlinge gut in Kleinlinden integriert und sinnvolle Betreuungsmaßnahmen durch eine Mitwirkung des Ortsbeirates bzw. von Mitgliedern des Ortsbeirates eingerichtet werden können.“

Stellv. Ortsvorsteherin Janetzky-Klein übernimmt den Vorsitz.

Der Antrag wird von **Herrn Herlein** vorgetragen und begründet.

Die nachfolgenden Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich werden auf Antrag des Herrn Dr. Greilich wörtlich protokolliert.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich: *„Ich begrüße es aufs äußerste, dass der Ortsbeirat sich mit der Thematik beschäftigen will. Dass er den Magistrat wieder mit einem Fragekatalog beschäftigen könnte, sehe ich wieder etwas kritischer, aber ich kann heute alles beantworten und sage, es gibt genug Möglichkeiten, etwas zu tun. Ich will aber zunächst den Fragenkatalog beantworten und zunächst auch etwas die Situation allgemein in der Stadt Gießen darstellen. Es ist so, dass wir hier in der Stadt die Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Hessen haben und wir haben schon seit vielen Jahren die informelle Übereinkunft mit dem Kreis, der ja für die Unterbringung zuständig ist, dass es keine Gemeinschaftsunterkünfte in der Stadt Gießen gibt, von daher sind alle Ihre Fragen letztendlich beantwortet.*

Gleichzeitig ist es auch so, ich glaube, das ist den Wenigsten bekannt, aber ich glaube im Jugendhilfeausschuss ist es vorgetragen worden, ich kann es wenigstens kurz erläutern, dass wir gemeinsam mit der Stadt Frankfurt eine von zwei Erstaufnahmeeinrichtungen für die unbegleitenden minderjährigen Flüchtlinge sind. Darüber ist ja auch in den letzten Tagen, Wochen mehrfach in der Presse zum Glück dann auch berichtet worden. Der große Unterschied von erwachsenen Flüchtlingen zu den unbegleiteten minderjährigen ist, dass die letztendlich nicht vorrangig unter das Asylgesetz fallen sondern unter das Jugendhilfegesetz. Das hatte Herr Dr. Greilich vorhin ja schon mal mit angelehnt, ich habe auch die Anhörung im Landtag des Unterausschusses für Flüchtlinge und Heimatvertriebene, hat letzte oder vorletzte Woche in Gießen getagt, noch mal eindringlich daran appelliert, dass auch der Landtag dafür Sorge trägt und mit unterstützt, dass auf Bundesebene eine Gesetzesänderung erfolgt, dass nämlich die jugendlichen Flüchtlinge die kommen,

sofort dann auch ihren Duldungsstatus erhalten. Es macht nämlich keinen Sinn, sie sind im Jugendhilfegesetz sowieso drin, sie sind teilweise in unserer Clearingstelle, so nennt sich die Aufnahmeeinrichtung in der Stadt, schon 9 Monate und können nicht in die Gemeinschaftsunterkünfte, da die Gemeinschaftsunterkünfte, die da sind, Wohngruppen sind, das ist alles ein sehr hoher Standard, nur um die Begrifflichkeiten zu vergleichen, verlegt werden, weil das nicht in der konsequenten Form erfolgt. Und deswegen kann ich Ihnen sagen, was ich Sie bitten würde, wofür Sie sich einsetzen, einmal hatte ich auch schon einen Aufruf, dass, wenn Menschen Pflegeeltern werden wollen oder auch für diese unbegleitenden minderjährigen Flüchtlinge, die ja nur eigentlich 4 Wochen in der Stadt sein sollten, jetzt teilweise 6 - 9 Monate sind, so etwas wie eine Notunterkunft auch sein könnten. Es gibt schon 5 Familien in Gießen, die das machen, es wäre jetzt auch nicht verkehrt, wenn es mehr machen, es löst nicht das gesamte Problem, aber es sind immer die Beispiele wo man vorgehen muss.

Das ist das Eine, das Zweite ist, es tut mir wirklich in der Seele weh, wenn ich sowohl hier in der Stadt, wie auch in Kleinlinden, Allendorf oder überall leerstehenden Wohnraum sehe. Klar jeder kann mit seinem Eigentum machen was er will, ich sehe aber natürlich dass da ein Bedarf vorhanden ist, dass es auch eine irrsinnige Verschwendung ist, es ist ja auch eine ökologische Frage. Auch für leerstehenden Wohnraum brauchen Sie Energie, gut, klar jeder darf das für sich entscheiden, da bin ich auch sozusagen liberal genug, das so zu sehen, aber wenn wir so einen Bedarf in der Bundesrepublik haben, fehlt mir langsam an verschiedenen Stellen das Verständnis dafür. Und das funktioniert aber nur, wenn man ins Gespräch kommt miteinander und man sagt, hier wir wollen doch und müssen das. Ich habe das jetzt auch beim Kirchenstand in Allendorf angesprochen. Ich denke, das kann gar nicht anders sein, dass da das Pfarrhaus nur für Büroräume genutzt wird. Wenn eine Kirchengemeinde das nicht macht, dann frage ich mich, wer sonst dem Beispiel folgen soll. Und das wäre mein Wunsch, dass der mobilisiert wird. Das hat aber nicht mit Gemeinschaftsunterkünften zu tun und ist auch nicht registriert, sondern das ist das, Frau Helmchen, Sie haben es gesagt, aber hat auch Herr Dr. Greilich gesagt, letztendlich, weil wir das schon viele Jahrzehnte haben, aber nicht in diesem Umfang, aber doch im gewissen Umfang, diffundiert das mit anderen Bereichen. Bei Caritas bilden die viele von den Jugendlichen aus oder dass sie im Kreis in einer Gemeinschaftsunterkunft waren und dann einen Arbeitsplatz hier bekommen, oder eine Wohnung und kommen dann wieder in die Stadt. Das ist dann so, aber dazu können wir auch keine Auskünfte geben, weil das ist, was der Herr Dr. Sanner dann sagte, da haben wir überhaupt keine Erhebung drüber, wir können ja noch nicht mal sagen, wie viele Studenten mit Erstwohnsitz in der Stadt gemeldet sind, aus Datenschutzgründen. Also, das wäre mir wirklich ein Anliegen, Sie können ja auch mal eine gemeinsame Pressemitteilung rausgeben, sie können auch mal an die Kleinlinder Bürger appellieren, ob sie schauen können, wo Häuser oder Wohnungen leer stehen. Wie gesagt, ich will da keinen Vorwurf machen, weil es immer nachvollziehbare Gründe gibt, aber irgendwo glaube ich, müssen wir ins Gespräch kommen, wie wir diesen Wohnraum mobilisieren, weil wir werden so einen Wohnraum nicht neu bauen können.

Wir kriegen ja schon Stress wenn wir hier moderat nach verdichten in der Stadt und angemessen nach verdichten, ich weiß nicht, was wir noch machen sollen. Und

deswegen bedanke ich mich wirklich, also das meine ich ganz Ernst, Herr Herlein, dass Sie diesen Antrag gestellt haben. Ich würde bitten, ihn nicht in irgendeinen Geschäftsgang zu geben, was soll er da. Ich denke, ich habe mehr oder weniger das Meiste Ihnen mitteilen können, was hier für Sie relevant ist. Und es ist in der Tat dann die Flüchtlingshilfe von Herrn Pfarrer Leschhorn bzw. im Kreis ist es dann auch die Diakonie, die die Gemeinschaftsunterkünfte betreut, aber in der Stadt haben wir eben diese Gemeinschaftsunterkünfte nicht. Es haben sich ja auch welche bereit erklärt und sind dann auch zum Eisenbahnweg gefahren und haben da Decken verteilt, als wir jetzt hier vor ein paar Tagen die ganz schlimme Situation hatten. Ich will nicht ausschließen, dass das wieder passiert, da gibt es aber schon so ein Netzwerk, das über das Soziale Netzwerk katholischer Frauen läuft, wie dann mobilisiert wird. Es gibt etliche Hilfsorganisationen, die Feuerwehr ist ja auch dabei und weiß genau Bescheid und kann sicher ganz genau Auskunft geben, wo z. B. ehrenamtlich was gemacht werden kann. Mir ist ein Bedürfnis und deswegen sage ich es auch so, das es auch etwas darüber hinaus geht, also diese Stimmung aufnehmen, aber auch dafür sorgen, dass man auch diesen Wohnraum mobilisiert, weil das brauchen wir am dringendsten. Das ist meine tiefe Überzeugung und deswegen wünsch ich mir auch, selbst wenn wir es könnten, auch wenn wir es nicht können, schnell so Wohnblöcke dieses und jenes zu machen, ist das für Integration so was von schädlich und deswegen ist mir das wirklich ein richtiges Bedürfnis, ich kümmere mich auch ständig selber drum und gucke. Das hat ja nix mit meiner Funktion als Bürgermeisterin zu tun, das mache ich als Bürgerin, dass ich gucke und sage, hier wollt ihr nicht, könnt ihr nicht, wenn ich irgendwo was sehe. Und ganz intensiv muss ich mich kümmern, weil es zu den Zuständigkeiten der Jugenddezernentin gehört, die unbegleitend minderjährigen Flüchtlinge.“

Im Anschluss an die Diskussion, an der sich Herr Prof. Dr. Lutz, Herr Dr. Greilich, Herr Herlein und Bürgermeisterin Weigel-Greilich sowie Stv. Janzen beteiligen, erklärt **Herr Herlein**, dass er seinen Antrag aufgrund der Ausführungen von Bürgermeisterin Weigel-Greilich zurück zieht.

Beratungsergebnis: Zurückgezogen.

**19. Standortschilder des Ortsteils Kleinlinden
- Antrag des Ortsvorstehers vom 04.09.2015 -**

OBR/2899/2015

Antrag:

„Der Ortsbeirat Kleinlinden bittet den Magistrat Auskunft darüber, warum die Ortstafeln für den Ortsteil Kleinlinden sich nicht an den Grenzen des Stadtteils Kleinlinden im Oberdorf orientiert.

Vor allem bittet der Ortsbeirat Kleinlinden um eine schnellstmögliche Klärung der nachfolgenden Fragen:

Trifft es zu, dass die Allendorfer Straße ca. 100 m ab der Kreuzung Frankfurter Straße bis nahe heran an das neue Baugebiet am Ehrsamer Weg auf Gelände von Kleinlinden verläuft?

Trifft es zu, dass sich der REWE-Markt eindeutig noch auf Kleinlindener Gebiet befindet?

Falls ja, dann stellen sich die nachfolgenden Fragen:

Sind nicht die Ortstafeln am Heerweg, der Hermann-Löns-Straße und der Lützellindener Straße zwingend zu entfernen?

Warum wird nicht auf der Allendorfer Straße 100m nach der Kreuzung Frankfurter Straße beidseitig eine Ortstafel und kurz vor dem Baugebiet Ehrsam Weg beidseitig sowie beidseitig nach dem REWE-Markt und hierbei schon auf der Straße nach Lützellinden beidseitig eine Ortstafel von Kleinlinden angebracht?“

Herr Herlein trägt den Antrag und die Begründung vor.

Die Ortsbeiratsmitglieder Dr. Sanner, Helmchen und Dr. Greilich sowie Bürgermeisterin Weigel-Greilich stehen dem Antrag kritisch gegenüber, da aus den Verwaltungsvorschriften zur StVO ganz eindeutig hervorgehe, dass bei der Aufstellung von Ortstafeln auf Ortsgrenzen keine Rücksicht genommen wird und zudem gelte der betroffene Bereich, ungeachtet einzeln bebauter Grundstücke, nicht als geschlossene Bebauung.

Da sich abzeichnet, dass der Antrag im Moment keine Mehrheit finden wird, stellt **Herr Herlein** den Antrag erst einmal in der Beratung zurück.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

20. Zusätzlicher Parkraum für Einsatzkräfte der Feuerwehr OBR/2881/2015
- Antrag der CDU-Fraktion vom 18.08.2015 -

Antrag:

„Ich bitte den Magistrat der Stadt Gießen, zusätzlichen Parkraum für Einsatzkräfte der Feuerwehr Kleinlinden zur Verfügung zu stellen, so dass in der Hügelstraße die Möglichkeit besteht, 4 - 5 Fahrzeuge der Einsatzkräfte parken zu können.“

Begründung:

Laut DGUV „Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung“ (nachzulesen in „Sicherheit im Feuerwehrhaus“) muss die Anzahl der Parkplätze für die Einsatzabteilung so sein, wie viel Sitzplätze in den Einsatzfahrzeugen vorhanden sind. Das wären für Kleinlinden 30 Parkplätze. Dass dieses nicht möglich ist, sieht auch die Feuerwehr und ich ein. Aus diesem Grund bitte ich um zusätzliche Parkmöglichkeit für nur 4 – 5 Fahrzeuge in der Hügelstraße auf der Seite des Spielplatzes. Von der Katzenbach bis zum Eingang des Spielplatzes in der Hügelstraße. Dies dann bitte ausschildern mit „Halteverbot nur frei für Einsatzkräfte der Feuerwehr Kleinlinden“. So dass in jedem PKW der Einsatzkräfte

ein Hinweis zu sehen ist, dass dieser auch berechtigt ist. So hätte die Stadt Gießen wenigstens 50% erfüllt.

Ortsvorsteher Herlein übernimmt den Vorsitz.

Herr Wagenbach, CDU-Fraktion, trägt den Antrag und die Begründung vor.

Im Anschluss an eine ausführliche Diskussion, an der sich Herr Wagenbach, Ortsvorsteher Herlein, Herr Dr. Greilich, Herr Dr. Sanner, Frau Janetzky-Klein und Herr Prof. Dr. Lutz beteiligen, **ändert der Antragsteller den Antrag in einen Prüfantrag um, der wie folgt lautet:**

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten zu prüfen, ob zusätzlicher Parkraum (4 - 5) für Einsatzkräfte der Feuerwehr Kleinlinden im Bereich der Feuerwehr Kleinlinden geschaffen werden kann; dabei sind Teile des Kinderspielplatzes mit in den Gedankenprozess einzubeziehen.“

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

21. Verschiedenes

Herr Volkmann, Herr Wagenbach und **Frau Janetzky-Klein** teilen mit, dass sie an der Oktobersitzung nicht teilnehmen werden. Weiter teilt Frau Janetzky-Klein, dass sie auch an der Novembersitzung nicht teilnimmt und entschuldigt sich auch für diese Sitzung.

Ortsvorsteher Herlein teilt mit, dass sich Herr Dr. Greilich bereit erklärt habe, am Volkstrauertag die Gedenkrede zu halten

Frau Janetzky-Klein weist darauf hin, dass am 05.10.2015 die „Apfelpresse“ nach Kleinlinden komme.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **Mittwoch, 14.10.2015, 20:00 Uhr**, statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 05.10.2015, 08:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Herlein

DIE STELV. SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Allamode